

ARBEITER NEWS

Solidaritätsgruppe mit den iranischen ArbeiterInnen-Deutschland



aus dem Iran



02. Juni 2011

Mansour Ossanlou,
Vorsitzender der Gewerkschaft
Busbetriebe Teheran und
Umgebung (Vahed) wurde am
02. Juni nach Hinterlegung
einer Kaution provisorisch
entlassen.

Mansour Ossanlou wurde am
23. Juni 2007 von
Sicherheitskräften verhaftet.
Der Vorwurf lautete
„Aktivitäten gegen die innere
Sicherheit und Propaganda
gegen das System“. Er war zu
fünf Jahren Haft verurteilt
worden.

**Freilassung eines Kollegen der
Gewerkschaft „Busunternehmen
in Teheran und Umgebung“**

Nach einem Jahr Haft im EWIN-
Gefängnis wurde der Kollege Reza
Schabi freigelassen.

Laut Auskunft der Familie von Reza
Schabi ist es seinem Rechtsanwalt,
Herrn Shafiee am Mittwoch den
08.06.2011 gelungen ihn frei zu
bekommen. Nach einem Jahr voller
Ausreden und Schikanen seitens der
iranischen Justiz- und
Sicherheitsorgane, hat Anwalt
Shafiee sich durchsetzen können.
Die Behauptung, dass die Familie
die Kaution von 60 Millionen
Touman (60 000 €) nicht aufbringen
konnte, wurde damit widerlegt.

Reza Schabi hat sich gegen seinen
Auflagen widersetzt und in mit
Familien und Freunden im Vorplatz
des Gerichtes geredet. Seine
minderjährige Tochter ist gelungen
ihn weinend für paar Sekunden zu
umarmen. Die Verfassungsorgane
haben bis jetzt alle seine Kontakte
mit seiner Frau, seinem Kind und
Geschwister verboten. Sie dürften
nicht sogar während der
Gerichtsverhandlung in Raum
anwesenden sein.

Ein weiterer politisch aktiver
Arbeiter, **Afschian Naiemie**, ist
freigelassen worden.

Er ist Mitglied des Organisationsgremiums zur Gründung einer Gewerkschaft im Iran. Er wurde mehrfach verhaftet und kam mehrfach vor Gericht. Zuletzt wurde er in Zanadaj der Gefährdung der Sicherheit des Landes beschuldigt und verurteilt. Durch die Verfassung von Schriftsätzen habe er die nationale Sicherheit des Landes gefährdet!

Kurznachrichten

24. Mai 2011

Die Beschäftigten der Textilfabrik Kashan haben sich aus Protest vor dem Gebäude des Gouverneurs versammelt. Sie haben seit 30 Monaten keinen Lohn bekommen. Teile der Beschäftigten sind in unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Stadt Kashan ist ein Zentrum der iranischen Textilindustrie. Durch den Import von Billigwaren ist der größte Teil dieses Industriezweiges stillgelegt und tausende Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Daher finden häufig Arbeitskämpfe statt.

Proteste von Fischern und Bootsleuten

Über 200 Fischer und Bootsleute versammelten sich auf der Hafenterrasse von Busheer, um gegen die Kürzung der Treibstoffsubventionen zu

protestieren. Außerdem demonstrierten die Seemänner gegen die Treibstoffknappheit. Ein Arbeiter sagte, durch diese neue Situation würden viele arbeitslos und müssten sich neue Arbeit suchen.

Die Arbeiter einer Weberei Firma in Kaschan streiken weiter!

8. Khrdad (27.05.2011)

Die ArbeiterInnen der Weberei in Kaschan, die seit einer Woche im Streik sind, setzen ihren Streik fort. Sieben der Arbeiter, die sogar in einem Hungerstreik getreten waren, haben nach der Empfehlung ihrer Kollegen den Hungerstreik beendet. Die Zahl der streikenden Arbeiter beträgt mehr als 1 100. Die Lage der Arbeiter dieser Firma, die seit 32 Monaten keinen Lohn erhalten, ist sehr schlecht. Die Firma bekommt die notwendigen Rohstoffe für Weiterbearbeitung der Produktion nicht und der Arbeitgeber zeigt kein Interesse, diese Versorgungsengpässe zu beseitigen, um die Firma weiter im Betrieb zu halten.

Sechs Bauarbeiter kommen durch einen Brand ums Leben

Aus der Khorassan Zeitung : Während der Bauarbeiten an einem Hochhaus in der Stadt Meschhad ist ein Feuer ausgebrochen, wodurch sechs Bauarbeiter ums Leben kamen und sieben weitere schwer verletzt wurden. Obwohl der

Feuerwehrgewagen zu diesem Zeitpunkt in der Nähe des Gebäudes gewesen war und schnell zur Unfallstelle fahren konnte, ist das Löschwasser nach kurzer Zeit ausgegangen. Einer der Arbeiter, der am Leben geblieben ist, benannte die erheblichen Sicherheitsmängel an diesem Bauprojekt als Ursache des Feuers. Besonders während der Schweißarbeiten waren die einfachsten Sicherheitsmaßnahmen nicht berücksichtigt worden.



**Rafako-
Arbeiter:
Sieben
Monate
kein Lohn**

Seit Anfang des Jahres sind die Arbeiter der Firma Rafako, eines Betreibers von Computernetzen in Teheran, entlassen. Der Arbeitgeber täuschte die Arbeiter indem er ihnen versprach, dass sie wieder angestellt würden, wenn neue Aufträge da wären. Schon zu diesem Zeitpunkt waren sieben Monate Lohn noch nicht ausbezahlt worden.

Die Firma hat jetzt anscheinend Konkurs angemeldet.

Alle Versuche der Arbeiter, die ausstehenden Löhne und Zulagen zu erhalten, sind bisher gescheitert. Die Arbeiter machen dafür hauptsächlich die Bestechlichkeit der Beamten der Arbeitsbehörde verantwortlich. Für viele Arbeiter und deren Familien ist die Situation verzweifelt, weil sie

sich und ihre Familie nicht versorgen können.

**Protestversammlung von
Lehrer/Innen vor dem
Parlamentsgebäude!**

HRNA- Nachrichten Agentur

Zahlreiche Lehrer/innen, die als Honorarkräfte beim Bildungsministerium beschäftigt sind, haben sich vor dem islamischen Parlament in Teheran versammelt und dadurch die Öffentlichkeit auf ihre Probleme aufmerksam gemacht. Ein Teilnehmer dieser Aktion sagte zum Korrespondenten: Die Lehrer/innen, die auf Honorarbasis seit Jahren beim Ministerium für Bildung und Erziehung beschäftigt sind, möchten endlich eine feste Anstellung und fordern, die bürokratischen Hindernisse bezüglich der Änderung ihrer Arbeitsverträge zu beseitigen.

**Arbeiter protestieren gegen
Lohnkürzungen**

Über 300 Arbeiter von Dorood-Simaan sammeln sich vor der Fabrik, um für ihre Rechte zu demonstrieren. Die Arbeiter fordern die Umänderung ihrer Arbeitsverträge.

In einem Gespräch mit Reportern von Kyhan erklären sie, obwohl sie schwerer als die Festangestellten arbeiten müssen, erhalten sie nur niedrigste Löhne. Sie berichteten

auch, dass sie im letzten Jahr schon zweimal dagegen protestiert hätten. Der Leiter der Firma, Hajivand, bestätigte die Forderung der Arbeiter, fügte aber hinzu, daß die Direktoren der Firma schon früher die Absicht gehabt hätten, die Diskriminierungen teilweise aufzuheben, da aber die Energie-Kosten der Fabrik wegen der veralteten Ausrüstung zu hoch sind, seien die Profite zu gering.

Auf die Frage, warum die Firma trotz eines Gesetzes des Arbeitsministeriums die Werkverträge noch nicht in feste Arbeitsverträge umgeändert habe, antwortete er, die Simaan-Firma sei nicht an den Staat gebunden sondern gehöre privaten Aktionären, daher würden die staatlichen Gesetze nicht gelten. Die Dorood-Firma hat etwa tausend Mitarbeiter und fast 60% davon sind Werkvertrags-Arbeiter.



Haft Tappeh

In einem Brief an Arbeitsminister Abdolreza Scheik El Eslami haben vier Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Syndikats in Haft Tappeh über ihre Situation und die Schikanen, denen sie ausgesetzt sind, berichtet und ihn aufgefordert,

dass endlich diese Repressalien beendet werden. In den letzten Monaten sind Reza Rakschan, Ferydun Nikou Frad, Jalil Ahmadi und Mohamad Heydari Mehr auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten mehrfach verhaftet worden. Durch die Repressalien der Justizbehörde und die Übergriffe von staatlichen Organen leiden auch ihre Familien.

In diesem Brief haben sie auf die desolate Lage der Firma, die auf Grund der staatlichen Fehlentscheidungen, Missmanagement, unkontrolliertem Import und falscher Wirtschaftspolitik entstanden ist, aufmerksam gemacht. Die Firma war nicht in der Lage gewesen, die Gehälter ihrer Beschäftigten regelmäßig zu zahlen. Alle diese Umstände haben zu wachsender Unzufriedenheit in der Belegschaft geführt. Über 2 000 Arbeiter dieses Betriebs haben für die Auflösung des islamischen Arbeitsrats gestimmt und wollten statt dessen ein frei gewähltes Arbeiter-Syndikat gründen. Das zuständige Arbeitsamt in Schousch hatte zuerst dieser Entscheidung zugestimmt. Dadurch ist dieses Syndikat gegründet worden. Aber die Sicherheitsbehörde in der Firma und in der Region haben dem Syndikat immer neue Stolpersteine in den Weg gelegt. Das Arbeitsamt in Schousch hat daraufhin den Eintrag des Syndikats ins Gründungsbuch zurückgezogen und die Existenz des Syndikats als

nicht zulässig nach den Arbeitsgesetzen des Landes erklärt.

Laut der Konventionen Nr. 87 und Nr. 98 der ILO verpflichtet sich die iranische Regierung, die Gründung von unabhängigen Arbeitervereinen nicht zu behindern. Aber nach Berichten der Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Arbeiterverbände ignoriert das islamische Regime seine internationalen Verpflichtungen.

Die Arbeiterverbände vertreten nur die Interessen ihrer Mitglieder, d.h. die Interessen der Arbeiter. Aber die Vorstandsmitglieder des Arbeitersyndikats in Haft Tappeh sind ständigen Repressalien und Schikanen der Justiz- und Sicherheitsbehörde ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft in Schousch übt Druck aus, damit sie mit gewerkschaftlichen Aktivitäten aufhören.

Der Stellvertreter der Arbeitsministers, Habib Tawakolzadeh, hat im letzten Jahr nach der Kritik der ILO über die Umgangsform der islamischen Regierung mit Arbeiteraktivisten, erklärt, dass die Prozeß-Akten der Vorstandsmitglieder des Syndikats erneut bearbeitet würden und sie aus der Sicht des Gesetzes unschuldig seien und ihre Haftstrafen für nichtig erklärt würden.

Die Syndikatsmitglieder Rakhschan, Niküfard, Ahmadi and Haidari Mehr

haben die gesamte Zeit ihrer Freiheitsstrafe absitzen müssen und ein Jahr nach der Entlassung aus dem Gefängnis dürfen sie immer noch nicht an ihre Arbeitsstelle zurückkehren. In dem gemeinsamen Schreiben an den Arbeitsminister haben sie ihn aufgefordert, das ihnen zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, indem ihnen wenigstens eine Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht wird.



Protest-Versammlung der Arbeiter der Zementfabrik in Dorud !

Mehr als 300 Zeitarbeiter der Zementfabrik in Dorud haben sich vor einigen Tagen vor der Firma versammelt, damit ihre Arbeitsverträge in dauerhafte Festeinstellungen umgeschrieben werden. In einem Gespräch mit der Zeitung: „Kayhan“, haben sie die Unterschiede und Nachteile der Leih- und Zeitarbeiter zu Festangestelltem erklärt. „Während wir die schwierigsten körperlichen und die Gesundheit gefährdenden Aufgaben erledigen müssen, bekommen wir wesentlich weniger Lohn und Lohnzulagen. Letztes Jahr haben wir schon zweimal gegen unsere Lage protestiert. Jedesmal sagen uns die Verantwortlichen, dass sie bald eine Lösung für dieses

Problem finden werden“. Laut der Gesetze des Arbeitsministeriums sind Leih- und Zeitarbeitsfirmen in staatlichen Betrieben nicht zulässig. Aber der Einsatz der Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen in Privatbetrieben, wie bei der Dorud-Zementfabrik, breitet sich im ganzen Land weiter aus. In der Dorud-Zementfabrik sind etwa 1 000 Kollegen beschäftigt, von denen 600 als Leih- und Zeitarbeiter unter Vertrag stehen.

Polizeiangriffe während einer Protestversammlung der Arbeiter in Abadan!

Am Donnerstag den 29. Ordibehescht (**18.05.2011**) haben sich zahlreiche Arbeiter der größten Ölraffinerie des Landes in Abadan am Persischen Golf versammelt und gegen die Entlassung ihrer Kollegen und für ihre Rechte protestiert. An dieser Aktion haben etwa 500 der Arbeiter und viele ehemalige Kollegen, die seit einigen Jahren arbeitslos sind, teilgenommen. Im Verlauf der Demonstration kam es zu einer Auseinandersetzung mit Sicherheitskräften in Zivil und Milizen der Pasdaran. Die Arbeiter haben mit ihren Parolen die vom Staat organisierte Schlägertruppe aufgefordert, die bei jeder Demonstration im Iran dabei ist, das Firmengelände zu verlassen. Nach kurzer Zeit kamen jedoch noch Spezial- Sicherheitskräfte dazu und haben mit Knüppeln gemeinsam auf die Arbeiter eingeschlagen.

Zahlreiche Kollegen wurden verhaftet.

Zwei Tage später kam es im Rahmen einer Protestversammlung erneut zu Angriffen auf die Arbeiter mit vielen Verletzten und Festnahmen. Die Arbeiter riefen Parolen wie „Nieder mit der Ausbeutung“ und „Arbeiter, vereinigt Euch!“.

Die unabhängige Vereinigung der Arbeiter im Nord-Khuzestan verurteilt die Übergriffe

der Sicherheitskräfte auf die Arbeiter und fordert von den internationalen Arbeiter- Organisationen und Arbeiterinstitutionen, sich mit der Arbeiter-Klasse im Iran zu solidarisieren. Darüber hinaus müssen die von der Regierung bestellten Vertreter der Arbeiter, die nur als Marionetten des Regimes funktionieren, aus den internationalen Institutionen verbannt und durch tatsächlich gewählte Vertreter der Arbeiter ersetzt werden..

Unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter in Nord-Khuzestan!

V.i.S.d.P.: Nosrat Taymoorzadeh

nosrat_taymo@yahoo.de